

„Ein Instrument des Westens? Dies OSZE-Reform spaltet Rußland und Europa" in
Frankfurter Allgemeine Zeitung (30. Juni 2005)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 30.06.2005. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/ein_instrument_des_westens_dies_osze_reform_spaltet_rußland_und_europa"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_30_juni_2005-de-347d58a1-db4e-4998-ac90-ec79ad7e34b0.html](http://www.cvce.eu/obj/ein_instrument_des_westens_dies_osze_reform_spaltet_rußland_und_europa)

Publication date: 19/09/2012

Ein Instrument des Westens? Die OSZE-Reform spaltet Rußland und Europa

Es geht nicht nur um Effizienz, sondern auch um die politische Ausrichtung / Von Reinhard Vesper

FRANKFURT, 29. Juni. An diesem Donnerstag wird in Wien ein Bericht zur Reform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vorgestellt, der seit Anfang des Jahres von sieben Diplomaten aus Deutschland, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten, Norwegen, Kroatien, Rußland und Kasachstan erarbeitet worden ist. Der Beschluß zur Erarbeitung eines solchen Berichts ist im Dezember vergangenen Jahres auf dem jährlichen Außenministertreffen der Organisation in Sofia gefaßt worden. Bis zum nächsten Ministertreffen, das Ende dieses Jahres in Ljubljana stattfinden wird, soll auf der Grundlage der Empfehlungen dieser „sieben Weisen“ nun über die künftige Gestalt der OSZE debattiert werden.

Der Bericht befaßt sich vor allem mit organisatorischen Fragen zur Stärkung der Effizienz der OSZE – dies war die Vorgabe der Außenminister. Doch der eigentliche Hintergrund ist ein politischer Streit zwischen dem Westen und Rußland über das Wesen und die Aufgaben der OSZE, der die Organisation im Frühjahr an den Rand der Handlungsunfähigkeit brachte, weil Moskau den Haushalt für dieses Jahr bis Anfang Mai blockierte. Aus Sicht der russischen Regierung ist die OSZE zu einem Instrument des Westens geworden, mit dem er auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gegen ihre Interessen arbeitet.

Ein Beispiel dafür war für sie die „orange Revolution“ in der Ukraine Ende vergangenen Jahres, die kaum stattgefunden hätte, wenn nicht mehrere hundert Wahlbeobachter der OSZE die zahlreichen Manipulationen und Regelverstöße des Regimes von Präsident Kutschma dokumentiert und damit die Vorwürfe der Opposition um den heutigen Präsidenten Juschtschenko belegt hätten. Ohne die technische Unterstützung und Beobachtung der OSZE wäre auch der schließlich korrekt verlaufene dritte Wahlgang nicht möglich gewesen, in dem der von Moskau unterstützte Kandidat Janukowitsch eine deutliche Niederlage erlitt. Nach einem ähnlichen Szenario war ein Jahr zuvor in Georgien der in Moskau nicht wohlgeleitene, eindeutig westlich orientierte Präsident Saakaschwili an die Macht gekommen; auch beim Umsturz in Kirgistan im März spielte die OSZE die Rolle eines Katalysators, weil ihre Beobachter die Wahlfälschungen des früheren Präsidenten Akajew dokumentierten.

Was nach russischer Auffassung der Versuch ist, den Einflußbereich der Vereinigten Staaten und der EU auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu Lasten Rußlands auszuweiten, ist aus westlicher Sicht nur die Überwachung einer Verpflichtung, die alle 55 OSZE-Staaten freiwillig eingegangen sind: der Achtung der Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Mit der Wahlbeobachtung erfüllt die OSZE danach nur eine Aufgabe, die ihr die teilnehmenden Staaten Anfang der neunziger Jahre übertragen haben. Damals wurde beschlossen, daß die OSZE die Transformationsstaaten in Südosteuropa, Ostmitteleuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion beim Aufbau demokratischer Staatswesen unterstützen sollte.

Der Streit über die Tätigkeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau – jener OSZE-Institution, welche die Wahlbeobachtungen organisiert – ist nur ein Ausschnitt des Konflikts. Rußland sieht seine Interessen auch durch die Versuche der OSZE direkt berührt, in den sogenannten „eingefrorenen Konflikten“ auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu vermitteln. Dabei handelt es sich um das zwischen Armenien und Aserbaidshan umstrittene Nagornyj Karabach, die separatistischen Republiken Abchasien und Südossetien in Georgien sowie Transnistrien in der Republik Moldau, wo nach den Kämpfen Anfang der neunziger Jahre zwar (teilweise brüchige) Waffenstillstände herrschen, die eigentlichen Konflikte aber nicht gelöst sind. In Transnistrien stehen bis heute russische Truppen, obwohl sich Präsident Jelzin auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 zu deren Abzug binnen drei Jahren verpflichtet hatte; die Separatisten in Abchasien und Südossetien werden von Moskau offen unterstützt, etwa indem die Bewohner dieser Gebiete russische Pässe erhalten.

Anfang der neunziger Jahre sah Rußland die OSZE positiver. Es hoffte damals, sie könne zur wichtigsten sicherheitspolitischen Organisation in Europa werden und damit in Konkurrenz zur Nato treten oder diese gar ablösen. In dem Maß, in dem deutlich wurde, daß das nicht gelingen würde, und in dem sich die OSZE zugleich mit Beginn des ersten Tschetschenienkriegs 1994 einer Angelegenheit zuwandte, die aus Moskaus Sicht eine innerrussische ist, kühlte die Begeisterung im Kreml ab. Der OSZE-Gipfel in Istanbul Ende 1999

wäre wegen der unterschiedlichen Ansichten über den wenige Monate zuvor begonnenen Tschetschenienkrieg fast gescheitert. Seither sind mehrere der jährlichen Außenministertreffen ohne gemeinsame Abschlusserklärung geblieben, weil eine Einigung zwischen den EU-Staaten und Amerika auf der einen und Rußland auf der anderen Seite nicht erzielt werden konnte. Einen weiteren Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der eigentlich alle drei Jahre stattfinden sollte, gab es seit dem Amtsantritt von Präsident Putin nicht.

Rußland wirft der OSZE heute vor, sie messe mit zweierlei Maß und sei vollständig auf das Geschehen „östlich von Wien“ (wo das Generalsekretariat der Organisationen seinen Sitz hat) fixiert. Warum, so fragen Moskauer Politiker, befaße sie sich nicht mit dem Nordirland-Konflikt? Warum gebe es in den Staaten Westeuropas nicht so regelmäßig Wahlbeobachtungen wie im Osten? Außerdem ist Moskau der Ansicht, die sogenannte „menschliche Dimension“ der OSZE, also Fragen der Demokratie und Menschenrechte, würden zu Lasten anderer, im engen Sinne sicherheitspolitischer Aufgaben zu sehr hervorgehoben.

Politikwissenschaftler, die sich mit der OSZE befassen, und westliche Diplomaten sind sich einig, daß diese Differenzen durch Änderungen in der Organisationsstruktur der OSZE nicht beseitigt werden können. Daß sie ganz auseinanderfällt, wie während der Budgetkrise Anfang des Jahres von manchen befürchtet wurde, gilt als unwahrscheinlich. Die Frage ist vielmehr, ob die OSZE eine sicherheitspolitische Organisation von Gewicht bleibt oder ob sie langsam in die faktische Bedeutungslosigkeit absinkt. Ihr weiteres Schicksal hängt daher davon ab, ob sich sowohl Rußland als auch der Westen von ihr einen Gewinn versprechen, der über die Zusammenarbeit in den gemeinsamen Konsultationsgremien von Nato und EU hinausgeht.

Aus russischer Sicht könnte das eine stärkere Betonung militärisch-politischer Aspekte vor allem im Kampf gegen den Terror, aber auch gegen andere neuartige Bedrohungen sein. Daran hat auch der Westen ein Interesse, der sich andererseits aber aus prinzipiellen Gründen nicht darauf einlassen kann, das Engagement der OSZE in Fragen der Menschenrechte einzuschränken. Darin gibt es derzeit unüberbrückbar scheinende Widersprüche – etwa in der Beurteilung des Geschehens in Usbekistan, das wie Rußland ein an der OSZE teilnehmender Staat ist.

In Fragen der OSZE-Struktur dagegen gibt es durchaus ähnliche Positionen, auch wenn die dahinterstehenden Interessen und Motive unterschiedlich sind. So liegt eine Stärkung des OSZE-Generalsekretärs, wie sie im Reformbericht der „sieben Weisen“ vorgeschlagen wird, sowohl im Interesse der Westeuropäer als auch Rußlands. Rußland ist an einer Formalisierung der bisher höchst informellen Entscheidungsprozesse in der OSZE gelegen, da es dadurch bessere Kontrollmöglichkeiten erhalte; dem Westen hingegen ist an größerer Effizienz gelegen – bisher laufen in der OSZE viele Tätigkeiten unkoordiniert nebeneinander.